

Angst vor dem Spiel mit der Angst

Geretsrieder Stadtrat setzt sich gegen Petition zur Wehr und will Resolution verabschieden

Geretsried/Wolfratshausen – Der Geretsrieder Stadtrat will ein politisches Zeichen setzen: Mit einer Resolution schießt das Gremium gegen die im Bayerischen Landtag eingereichte Petition gegen das Industriegleis. Im Rat zeigte sich, wie empört die Lokalpolitiker gegen diesen Vorstoß aus Wolfratshausen sind.

Den Anstoß zur Diskussion gab CSU-Rat Hans Ketelhut. Der forderte, dass das Gremium eine Erklärung abgeben sollte, „um diesen Vorgang zu verurteilen“. Ketelhut zeigte sich entrüstet darüber, „dass hier versucht wird, Arbeitsplätze zu gefährden“.

Robert Lug (FW) unterstützt zwar die Resolution im Allgemeinen, lehnt es aber ab, inhaltlich nochmals das zu besprechen, „was bereits x mal dargestellt wurde“. Die Variante von Vieregk & Rössler funktioniere nicht, sagte der FW-Fraktionssprecher mit Anspielung auf die Idee, das Industrie aufzulassen und Güterverkehr über die S-Bahn-Linie abzuwickeln. Die Petition des Wolfratshausers Heinz Wensauer – die von weiten Teilen der Wolfratshausener Politik mitgetragen wird – nannte Lug ein „Hausieren mit Dingen, von denen man weiß, dass sie nicht funktionieren“.



Wollen mit einer Resolution gegen die Petition vorgehen: Bürgermeisterin Cornelia Irmer (parteilos), „Vize“ Gerhard Meinl (CSU, Mitte) und Dritter Bürgermeister Robert Lug (FW). Fotos: Kapfer-Arrington/Fastner

So etwas „tut man einfach nicht“, ärgerte er sich. Die Petenten aus Wolfratshausen würden nur Sand ins Getriebe streuen. Und damit meinte er das Verfahren zur S7-Verlängerung.

Gerhard Meinl (CSU) warnte vor zu viel Laissez-faire. „Wir sollten das nicht unterschätzen“, sagte Meinl und verdeutlichte: „Die Petition liegt nun im Petitionsausschuss – das ist ein politischer Ausschuss, nicht die Regierung.“ Ziel der Eingabe sei klar, das Industriegleis und den Bestandsschutz der Schranke zu kippen – und somit auch die S7-Verlängerung, da ohne Schranke die S7 schlicht nicht realisiert werde (weil die Un-

tertunnelung den Kosten-Nutzen-Faktor sprengen würde, d.Red.). Meinl warnte weiter: „Wenn mit Gefährdungen gemutmaßt wird, kann man Stimmungen erzeugen.“ Er erinnerte an Stuttgart 21. Der Vorstoß aus Wolfratshausen gefährde jedenfalls den gesamten Industriestandort und das S7-Projekt. Sein Vorschlag: „Wir sollten das erneut zurückweisen.“ Die Darstellung der Petition, rein aufs Industriegleis zu zielen, nannte Meinl eine „absolute kommunale Gesichtsfelderengung“. Besonders ärgerte er sich darüber, dass zur Übergabe der Petition an die Landtagspräsidentin Barbara Stamm „sogar Politiker mitgelatscht sind“.

Sowohl BVW-Bürgermeister Helmut Forster, Vize-Rathauschef Peter Plößl (CSU) als auch CSU-Stadtrat Alfred Fraas begleiteten die Delegation um Heinz Wensauer: Meinl appellierte ans Gremium, den Wolfratshausern nun zu zeigen, „wo der Barthel den Most holt – und der fährt weiter auf dem Industriegleis“.

Volker Reeh (CSU) empörte sich aus einem ganz anderen Grund über die Petition. Denn: „Vom Industriegleis geht gar keine Gefahr aus. Das ist die sicherste Art, Gefahrgüter zu transportieren.“ Auf diesen Zug sprang auch Bürgermeister Cornelia Irmer (parteilos) auf. Denn würde das Industriegleis

wegfallen, „dann würden die Güterzüge in Wolfratshausen stoppen und dort umgeladen“. Und hier gehe die größte Gefahr von den Transporten aus. Irmer verwies auf ein gemeinsames Schreiben der Geschäftsführer von Pulcra Chemicals und Tyczka (siehe Seite 6). Dieses Schreiben habe sie ans Wirtschaftsministerium weitergeleitet – im Vorgriff zu einem Gesprächstermin am Donnerstag. Auch der Stimmkreisabgeordnete Martin Bachhuber (CSU) und Wahlkreisabgeordneter Florian Streibl (FW) im Bayerischen Landtag hätten Abschriften bekommen, „zudem Edmund Stoiber und Wirtschaftsminister Martin Zeil“, sagte Irmer. Der Petitionsausschuss werde vom Ministerium Informationen einholen und erhalte somit auch die Positionen der betroffenen Unternehmen. Ergänzt werden soll dies nun über eine Resolution des Stadtrates. Die will Irmer vorbereiten und nach Absprache mit den Fraktionen nach München weiterleiten. An Wolfratshausen adressiert war wohl ihre Abschlussbemerkung: Der Übergang in Wolfratshausen sei eisenbahnrechtlich gewidmet, mit oder ohne Industriegleis. „Und das bleibt er auch.“